

Josef Pöschl (WIIW)

Internationale Konjunkturflaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe

Die weltweite Konjunkturschwäche bedeutet für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas (MOEL) einen "Belastbarkeitstest", den sie bisher gut gemeistert haben – eine Krise trat nicht auf. In den fortgeschrittenen Transformationsländern verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum, während es sich in einigen Ländern mit Nachholbedarf sogar beschleunigte.

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erstellt. • Begutachtung: Kazimierz Laski • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Hana Ruskova, Monika Schwarzhapfl, Barbara Swierczek • E-Mail-Adresse: poeschl@wiiw.at

Die Wachstumsraten der Jahre 2001 und 2002 spiegeln den Einfluss des internationalen Konjunkturerinbruchs auf Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn wider – Länder, die 2004 voraussichtlich der EU beitreten werden. Allerdings prägten insbesondere in Polen auch interne Faktoren die Entwicklung.

2000 war das BIP der MOEL 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) um 3,9% gewachsen. 2001 und 2002 erzielten sie ein reales Wachstum von 2,2% und 2,1% (gewichteter Durchschnitt), das weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt (2002 +0,8%)¹⁾ lag (Übersicht 1).

Bezieht man auch Bulgarien und Rumänien mit ein, die voraussichtlich 2007 der EU beitreten werden, so ergibt sich sowohl für 2001 als auch für 2002 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,7% – gegenüber +3,7% im Jahre 2000. In den höherentwickelten Transformationsländern ähnelte der Konjunkturverlauf teils der weltweiten Entwicklung.

Mit Wachstumsraten von rund 5% beeinflussten Bulgarien und Rumänien den Durchschnitt der MOEL 7 positiv. Allgemein erzielten jene Länder, die das BIP-Niveau von 1989 noch nicht wieder erreicht haben (Übersicht 2), selbst angesichts der internationalen Wirtschaftsflaute gute Ergebnisse. Das gilt etwa für Kroatien, Russland und die Ukraine.

Die MOEL erweisen sich seit der Mitte der neunziger Jahre als wirtschaftlich erfolgreiche Region: Ihr Wirtschaftswachstum lag sowohl bei guter als auch bei schlechter internationaler Konjunktur über dem Durchschnitt der EU 15. Der positive Eindruck verstärkt sich angesichts der Quartalsergebnisse 2001 und 2002 (Abbildung 1): Zum Unterschied von der EU zeigten sich im Laufe des Jahres 2002 Aufschwungstendenzen. Nur in Tschechien verlangsamte sich die Expansion im Vorjahresvergleich 2001 und 2002 ständig. Allerdings werden Tschechiens BIP-Daten meist mehrmals revidiert, und die endgültigen Zahlen weichen häufig stark von den vorläufigen ab.

Die Industrieproduktion (Übersicht 3) entwickelte sich ähnlich wie das BIP: Die realen Wachstumsraten waren 2001 und 2002 in den meisten Ländern deutlich geringer als 2000, wobei im Jahresverlauf 2002 ein Aufwärtstrend zu erkennen ist (Abbildung 2).

Deutlicher Einfluss der internationalen Konjunktur auf die BIP-Entwicklung der fortgeschrittenen Transformationsländer

Eigenständige Aufschwungstendenz

Industriedaten bestätigen die Aufschwungstendenz

¹⁾ Scheiblecker, M., et al., "Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(4).

Übersicht 1: Prognose für 2003 und 2004

	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾				Verbraucherpreise ²⁾				Arbeitslosenquote ³⁾				Leistungsbilanz			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				In %				In % des BIP			
MOEL 7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 11,0	+ 6,9	+ 6,3	+ 5,9	12,9	13,8	13,7	13,9	- 4,4	- 3,9	- 3,9	- 4,0
MOEL 5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 7,0	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,5	14,5	15,3	15,3	15,2	- 4,2	- 4,0	- 3,9	- 4,1
Tschechien	+ 3,1	+ 2,0	+ 2	+ 3	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 2	8,1	7,3	7,5	7,4	- 5,7	- 5,3	- 5,3	- 5,5
Ungarn	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,7	+ 4	+ 9,2	+ 5,3	+ 5,3	+ 5	5,7	5,8	6	6	- 3,4	- 4,0	- 4,0	- 3,8
Polen	+ 1,0	+ 1,3	+ 2	+ 3	+ 5,5	+ 1,9	+ 2	+ 3	18,2	19,9	20	20	- 3,9	- 3,6	- 3,7	- 4,3
Slowakei	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,5	+ 7,1	+ 3,3	+ 7	+ 7	19,2	18,5	18	17	- 8,6	- 8,2	- 4,4	- 3,2
Slowenien	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 4	+ 8,4	+ 7,5	+ 6	+ 5,5	6,4	6,4	5,5	5,5	0,2	1,7	0,4	0,4
Bulgarien	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,5	+ 5	+ 7,4	+ 5,8	+ 4	+ 4	19,7	17,8	18	17	- 6,2	- 4,4	- 3,1	- 2,3
Rumänien	+ 5,3	+ 4,9	+ 4	+ 4	+ 34,5	+ 22,5	+ 18	+ 15	6,6	8,4	8	9	- 5,6	- 3,4	- 4,0	- 4,5
Kroatien	+ 3,8	+ 5,2	+ 4	+ 4,5	+ 4,9	+ 2,2	+ 3	+ 2,5	15,9	15,2	15	15	- 3,2	- 6,6	- 3,8	- 3,4
Mazedonien	- 4,5	+ 0,3	+ 2	+ 3	+ 5,2	+ 1,5	+ 2	+ 4	30,5	31,9	30	30	- 6,9	- 8,8	- 5,8	- 5,6
Serbien und Montenegro	+ 5,1	+ 3	+ 4	+ 4	+ 89,0	+ 16,5	+ 15	+ 10	12,9	13,8	15	15	- 5,9	- 13,1	- 11,8	- 10,4
Russland	+ 5,0	+ 4,3	+ 4	+ 4	+ 21,6	+ 16,0	+ 12	+ 10	9,1	8,0	7,5	8	11,3	9,5	7,0	6,0
Ukraine	+ 9,2	+ 4,8	+ 4	+ 4	+ 12,0	+ 0,8	+ 10	+ 7	11,1	10,2	10	11	3,7	7,7	4,0	.

Q: Nationale Statistiken. 2002: vorläufige Zahlen, 2003 und 2004: Prognose des WIIW. – ¹⁾ Serbien und Montenegro: Bruttomaterialprodukt. – ²⁾ Kroatien, Mazedonien: Einzelhandelspreise. – ³⁾ Gemäß Labour-Force-Survey Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt.

Übersicht 2: BIP und Preisniveau der MOEL im internationalen Vergleich

2002

	Zu laufenden Wechselkursen (WK) Mrd. €	Bruttoinlandsprodukt		Reales Wachstum 1990 = 100	Preisniveau Relativ zur EU (KKP/WK) In %
		Zu Kaufkraftparitäten (KKP)	Pro Kopf, EU 15 = 100		
10 EU-Beitrittsländer	487	1.021	42	118	.
MOEL 11	895	2.239	32	87	.
MOEL 7	457	955	42	120	.
MOEL 5	392	758	48	128	.
Tschechien	74	150	62	106	49
Ungarn	70	128	54	116	54
Polen	199	379	42	130 ¹⁾	53
Slowakei	25	67	53	112	38
Slowenien	23	34	73	128	68
Bulgarien	17	61	33	88	27
Rumänien	48	137	26	93	35
Kroatien	24	41	39	94	58
Mazedonien	4	12	26	87	32
Russland	366	1.010	30	72	36
Ukraine	44	220	19	49	20
Estland	7	14	45	98	47
Lettland	9	19	34	73	47
Litauen	15	32	40	76	45
EU 15	8.988	8.988	100	127	100
Deutschland	2.113	2.047	105	134	104
Österreich	215	214	112	128	100
Griechenland	140	181	70	136	82
Portugal	128	176	74	135	75
Spanien	684	806	87	136	84
USA	11.039	9.802	150	141	115
Japan	4.213	3.098	103	114	135

Q: OECD, WIIW. – ¹⁾ 1989 = 100, da für Polen 1989 das adäquate Bezugsjahr ist.

Die Wachstumsbeschleunigung in der Industrie ging mit einer verstärkten Steigerung der Arbeitsproduktivität einher (Abbildung 3): Die Monatsdaten 2001 und 2002 zeigen einen U-förmigen Verlauf mit dem Wendepunkt um den Jahreswechsel 2001/02. Unter jenen Ländern, für die entsprechende Daten vorliegen, weicht nur Bulgarien von diesem Muster deutlich ab, und in Slowenien war es wenig ausgeprägt. Die Verbesserung der Arbeitsproduktivität dämpfte im Jahresverlauf 2002 den Anstieg der Lohnstückkosten (in nationaler Währung) (Abbildung 4); in Polen, der Slowakei und Tschechien waren die Lohnstückkosten ab etwa der Jahresmitte meist deutlich rückläufig.

BIP-Wachstumsraten, Produktionszuwächse und Exportdaten für die zweite Hälfte des Jahres 2002 deuten auf Aufschwungstendenzen hin, die nicht aus dem internationalen Konjunkturverlauf zu erklären sind.

Übersicht 3: Bruttoindustrieproduktion

	2000	2001	2002	2003	2004	2002 1989 = 100	2002 1995 = 100
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
MOEL 7 ¹⁾	+ 8,3	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,4	100,5	132,1
MOEL 5 ¹⁾	+ 8,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,7	+ 4,5	118,7	140,4
Tschechien	+ 5,4	+ 6,5	+ 4,8	+ 5	+ 6	91,1	123,4
Ungarn	+ 18,1	+ 3,6	+ 2,6	+ 6	+ 9	144,4	179,2
Polen ²⁾	+ 6,7	+ 0,6	+ 1,5	+ 2	+ 2	132,3	141,1
Slowakei	+ 8,6	+ 6,9	+ 6,5	+ 5,5	+ 6	101,8	133,0
Slowenien	+ 6,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 3	+ 3	84,6	117,8
Bulgarien	+ 10,3	- 2,4	+ 2,6	+ 4	+ 5	51,8	91,7
Rumänien	+ 7,1	+ 8,2	+ 6,0	+ 4	+ 4	56,9	101,9
Kroatien	+ 1,7	+ 6,0	+ 5,4	+ 4	+ 5	63,6	127,9
Mazedonien	+ 3,5	- 3,1	- 5,3	- 3	+ 3	43,5	101,4
Serbien und Montenegro ³⁾	+ 11,2	± 0	+ 1,7	+ 3	+ 5	39,3	106,1
Russland	+ 11,9	+ 4,9	+ 3,7	+ 4	+ 4,5	62,1	125,3
Ukraine	+ 12,4	+ 14,2	+ 7,0	+ 6	+ 7	70,0	133,6

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen, 2003 und 2004: Prognose des WIIW. – ¹⁾ Schätzung des WIIW. – ²⁾ Umsätze. – ³⁾ Ohne kleine Unternehmen; seit 1999 ohne Kosovo und Metohia.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der in den MOEL angesiedelten Unternehmen wurde 2002 auch dadurch positiv beeinflusst, dass die seit 1999 in den MOEL 5 (außer Slowenien) sowie in Kroatien und der Ukraine zeitweise deutliche Tendenz zu nomineller Aufwertung in der zweiten Hälfte 2002 oder Anfang 2003 verebbte und sogar von einer Abwertungstendenz abgelöst wurde (Abbildung 5).

Gemessen an der Vorjahresveränderung des durchschnittlichen Euro-Wechselkurses zählten 2001 Polen (+8,5%), Tschechien (+4,3%), die Ukraine (+4,3%), Kroatien (+2,2%) und Ungarn (+1,3%) zu den Aufwertungsländern. 2002 traf das für Tschechien (+9,6%), Ungarn (+5,3%), die Slowakei (+1,4%) und Kroatien (+0,8%) zu.

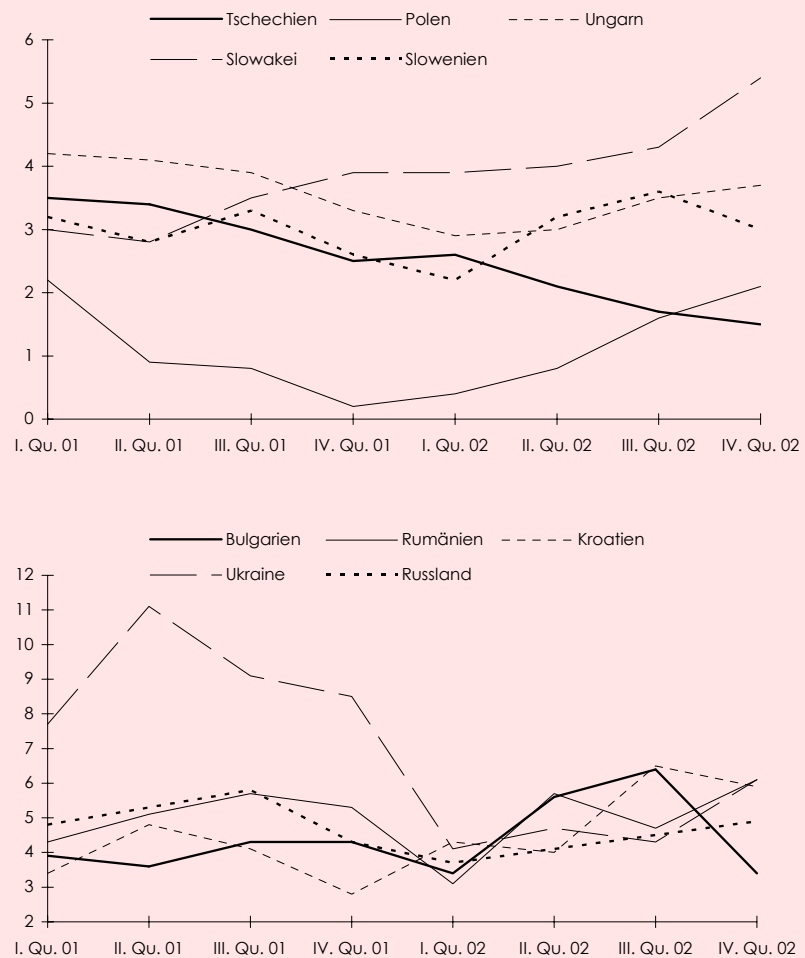
Selbst in jenen Ländern, die 2002 im Jahresdurchschnitt eine Aufwertung auswiesen, setzte in der zweiten Jahreshälfte oder im I. Quartal 2003 eine Tendenz zu nomineller Abwertung ein. In jenen Ländern, die in der Periode 2001/02 zumindest zeitweise einem Aufwertungsdruck ausgesetzt waren, verringerte sich gleichzeitig der Inflationsdruck. Der Verbraucherpreisindex und der Produzentenpreisindex stiegen 2001 und 2002 monatelang in den meisten Ländern nur geringfügig, in einigen sanken sie sogar. Im März 2003 war der Produzentenpreisindex in Tschechien niedriger als zwei Jahre zuvor, in Polen nicht höher als im April 2002 und in Ungarn gleich hoch wie im November 2000 (Abbildung 6). In der Slowakei waren die Produzentenpreise Mitte 2002 einige Monate hindurch rückläufig, stiegen aber im Jänner 2003 sprunghaft, und zwar vor allem infolge einer drastischen Erdgasverteuerung, die den neuen Eigentümern der Versorgungsbetriebe von der Regulierungsbehörde gestattet wurde. Auch in Bulgarien, Kroatien und der Ukraine blieben die Produzentenpreise über Monate hinweg im Wesentlichen unverändert. Eine kontinuierliche Steigerung der Produzentenpreise verzeichneten nur Rumänien, Russland und Slowenien – Länder, deren Währung nominell teils permanent abwertete.

Nominelle wie reale Aufwertungstendenz weitgehend gestoppt

Die Aufwertungstendenz, die in den vergangenen Jahren in Kroatien, Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine zu beobachten war, verebbte in der zweiten Jahreshälfte 2002 oder im I. Quartal 2003. Parallel dazu zeigte sich 2001 und 2002 in Ländern, die nicht permanent abwerteten, über Monate hinweg eine Tendenz zu Preisstabilität oder sogar leicht sinkenden Preisen.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Nationale Statistiken.

Die nominelle Abwertung gepaart mit stabilen oder sogar sinkenden Preisen stoppte den Abbau des Preisniveaurückstands gegenüber der EU oder vergrößerte den Abstand sogar wieder.

Slowenien konnte den Preisniveaubestand gegenüber der EU so gestalten, dass ein Leistungsbilanzdefizit vermieden wurde.

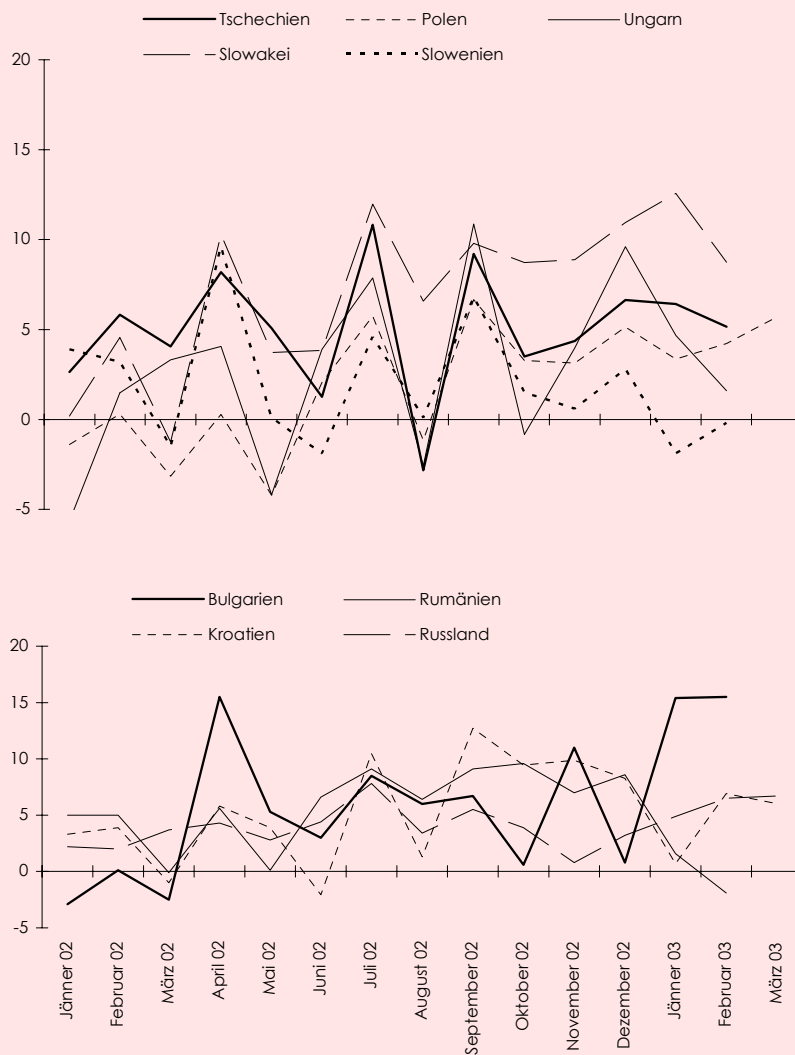
Die Kombination aus nomineller Abwertung und Stagnation oder Rückgang der Preise brachte die reale Aufwertung gegenüber der EU in den meisten Ländern im Laufe des Jahres 2002 zum Stillstand; in einigen hatte sie eine reale Abwertung zur Folge, d. h. eine Ausweitung des Preisrückstands gegenüber der EU. Spektakulär verlief die Entwicklung in Polen: Bis Juni 2002 verringerte sich der Preisabstand zur EU rasch, dann kehrte sich der Trend um, und im März 2003 war der Preisabstand wieder so groß wie im Jänner 2001. Weniger ausgeprägt war dieses Muster in Tschechien. In den meisten anderen MOEL (Abbildung 7) ergab sich in den ersten Monaten 2001 eine reale Aufwertung, anschließend veränderte sich der Preisabstand gegenüber der EU aber nur geringfügig. Kaum verändert hat sich 2001/02 der reale Wechselkurs in Slowenien: Die Inflationsrate war zwar stets höher als in der EU, eine entsprechende nominelle Abwertung verhinderte aber die Verringerung des Preisabstands.

Die Teuerung der Verbraucherpreise war 2002 durchwegs niedriger als 2001 (Übersicht 1). Über 10% lag die Inflationsrate²⁾ lediglich in Rumänien, Russland sowie Serbien und Montenegro, während sie in Kroatien, Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine sogar unter 5% sank.

²⁾ Definiert als Durchschnitt der Veränderungsraten in den einzelnen Monaten gegenüber der Vorjahresperiode.

Abbildung 2: Industrieproduktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Die Außenhandelsentwicklung der letzten Jahre war ähnlich wie jene des BIP und der Industrieproduktion in den MOEL 7 von der internationalen Konjunkturflaute geprägt. Die Exporte der MOEL 7 waren 2000 auf Euro-Basis (Übersicht 4) um 18% bis 41% gestiegen; 2001 fielen die Veränderungsdaten wesentlich niedriger aus, sie lagen aber vielfach noch bei 10%. Im I. Quartal 2002 waren sie in allen Ländern nur noch einstellig, in Bulgarien, Russland und der Slowakei sogar negativ. Im IV. Quartal 2002 zeigte sich auch im Export mit neuerlich teils zweistelligen Zuwachsraten eine Aufschwungstendenz.

Angesichts des im internationalen Vergleich relativ hohen BIP-Wachstums ist es bemerkenswert, dass sich das Außenhandelsdefizit der MOEL 7 in den vergangenen drei Jahren laufend verringert hat. Die Importe stiegen schwächer als die Exporte, sodass die Exporterlöse 2000 80% der Importausgaben abdeckten, 2001 82% und 2002 knapp 85% (Übersicht 5). Nur in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei verschlechterte sich der Deckungsgrad von 2000 auf 2001; 2002 war jedoch auch in diesen Ländern eine Verbesserung zu verzeichnen.

**Exportwachstum
verlangsamt sich**

**Deckungsquote der
Importe verbessert**

Übersicht 4: Entwicklung des Außenhandels

Zu laufenden Preisen, auf Euro-Basis

	2000	2001	2002				Jänner	2003	
			I. Quar- tal	II. Quar- tal	III. Quar- tal	IV. Quar- tal	tal	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Exporte</i>									
Tschechien	+ 27,8	+ 18,3	+ 7,6	+ 10,6	+ 11,8	+ 6,1	+ 9,8	+ 1,5	+ 0,3
Ungarn	+ 30,0	+ 11,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 6,8	+ 3,6	- 4,8	- 4,8	.
Polen	+ 33,6	+ 17,4	+ 3,3	+ 7,7	+ 6,3	+ 12,2	.	.	.
Slowakei	+ 34,1	+ 9,6	- 0,3	+ 3,5	+ 11,7	+ 17,4	+ 22,5	+ 20,6	.
Slowenien	+ 18,3	+ 8,9	+ 1,6	+ 5,8	+ 7,7	+ 8,8	+ 2,0	+ 5,6	.
Bulgarien	+ 40,7	+ 8,8	- 3,0	+ 4,6	+ 12,3	+ 1,9	+ 23,6	+ 7,2	.
Rumänien	+ 41,0	+ 13,3	+ 6,2	+ 11,3	+ 14,7	+ 28,0	+ 15,3	+ 12,0	.
Kroatien	+ 19,6	+ 8,1	- 0,2	+ 2,8	- 2,1	- 2,6	+ 5,5	+ 38,1	.
Russland	+ 60,5	- 0,2	- 11,0	- 4,9	+ 2,4	+ 11,3	+ 18,1	+ 18,6	.
<i>Importe</i>									
Tschechien	+ 32,2	+ 16,6	+ 2,3	+ 7,0	+ 8,6	+ 5,0	+ 6,4	+ 7,1	+ 3,0
Ungarn	+ 32,6	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,0	+ 7,0	+ 7,6	- 4,8	+ 0,4	.
Polen	+ 23,1	+ 5,8	+ 0,4	+ 4,5	+ 3,4	+ 5,6	.	.	.
Slowakei	+ 30,4	+ 19,0	+ 0,5	+ 2,8	+ 7,5	+ 13,6	+ 10,4	+ 12,6	.
Slowenien	+ 16,0	+ 3,2	+ 0,1	- 0,7	+ 2,9	+ 5,8	- 1,2	+ 12,3	.
Bulgarien	+ 37,8	+ 14,7	- 0,2	+ 0,2	- 1,8	+ 10,4	+ 15,1	+ 11,9	.
Rumänien	+ 42,8	+ 22,9	+ 4,2	+ 1,3	+ 19,1	+ 9,3	+ 5,7	+ 6,1	.
Kroatien	+ 17,3	+ 19,1	+ 12,2	+ 4,4	+ 12,2	+ 14,0	+ 4,6	+ 16,9	.
Russland	+ 31,0	+ 23,6	+ 15,0	+ 3,1	+ 6,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	.

Q: WIIW-Jahres- und Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. Quartalsdaten errechnet als Durchschnitt der Monatsangaben.

Der Deckungsgrad der Importe durch Exporterlöse hat sich in den MOEL 7 in den letzten Jahren ungeachtet der weltweiten Konjunkturfalte verbessert.

In Kroatien, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro verlief die Entwicklung ungünstig: Der Deckungsgrad verschlechterte sich von nur etwa 50% im Jahr 2000 in den beiden Folgejahren weiter. Russlands Außenhandelsüberschuss, der von Rohöl- und Erdgasexporten geprägt ist, verringerte sich von 2000 auf 2002 beträchtlich, betrug aber immer noch 49 Mrd. € und war somit viel höher als das Defizit der MOEL 7 (30 Mrd. €). In der Ukraine betrug der Deckungsgrad der Importe unverändert knapp über 100%.

Privater Konsum als Wachstumsstütze

Dass sich die Deckungsquote der Importe verbesserte, war einer der Faktoren, die in den Transformationsländern einen dramatischen Wachstumseinbruch verhinderten. Positive Impulse lieferte auch die kräftige Steigerung des privaten Konsums (Übersicht 6). Sie beschleunigte sich 2002 in den MOEL 5 außer Slowenien im Vorjahresvergleich und erreichte in Ungarn über +10%. Die Anlageinvestitionen entwickelten sich unterschiedlich: Einem starken Rückgang in Polen standen eine Stagnation in der Slowakei und Tschechien und eine deutliche Ausweitung in Ungarn und Slowenien gegenüber. Um etwa 10% stiegen sie auch in Rumänien und Kroatien. Für die anderen Länder sind derzeit noch keine entsprechenden Konsum- und Investitionsdaten verfügbar.

Prognose für 2003 und 2004

Die Prognose der Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2003 und 2004 ist dadurch erschwert, dass es vorläufig, das heißt zu Anfang Mai 2003, noch keine deutlichen Anzeichen für eine nachhaltige Verbesserung der internationalen Konjunktur gibt. Da wichtige Unsicherheitsfaktoren politischer Natur inzwischen ihre Brisanz verloren haben und sich auch die Lage auf den Rohölmärkten entspannt hat, dürfte zumindest für 2004 mit einer internationalen Konjunkturerholung zu rechnen sein. Jedenfalls ist zu erwarten, dass die durchschnittliche BIP-Wachstumsrate der MOEL weiterhin deutlich höher sein wird als jene der EU 15; sie sollte 2004 zwischen 3% und 4% liegen. Auch die Wirtschaft Russlands und der Ukraine sollte etwa 4% wachsen. Kroatien, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro dürften ebenfalls ein Wachstum zwischen 3% und 5% erzielen.

Übersicht 5: Außenhandel der MOEL insgesamt

Laut Zollstatistik

		2000	2001	2002	2001	2002	2001	2002
					Auf Euro-Basis		Auf Dollarbasis	
			Mio. €		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
MOEL 7	Exporte	135.267	154.597	167.397	+ 14,3	+ 8,3	+ 11,0	+ 14,0
	Importe	168.922	187.875	197.593	+ 11,2	+ 5,2	+ 8,0	+ 10,8
	Exporte in % der Importe	80,1	82,3	84,7				
MOEL 5	Exporte	118.795	136.172	146.771	+ 14,6	+ 7,8	+ 11,4	+ 13,5
	Importe	147.709	162.385	170.382	+ 9,9	+ 4,9	+ 6,8	+ 10,5
	Exporte in % der Importe	80,4	83,9	86,1				
Tschechien	Exporte	31.483	37.251	40.630	+ 18,3	+ 9,1	+ 14,9	+ 14,6
	Importe	34.876	40.675	43.046	+ 16,6	+ 5,8	+ 13,2	+ 11,2
	Exporte in % der Importe	90,3	91,6	94,4				
Ungarn	Exporte	30.545	34.082	36.523	+ 11,6	+ 7,2	+ 8,5	+ 12,7
	Importe	34.856	37.654	39.939	+ 8,0	+ 6,1	+ 5,0	+ 11,5
	Exporte in % der Importe	87,6	90,5	91,4				
Polen	Exporte	34.383	40.375	43.400	+ 17,4	+ 7,5	+ 14,0	+ 13,6
	Importe	53.122	56.223	58.307	+ 5,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 9,6
	Exporte in % der Importe	64,7	71,8	74,4				
Slowakei	Exporte	12.880	14.115	15.252	+ 9,6	+ 8,1	+ 6,5	+ 13,6
	Importe	13.860	16.488	17.515	+ 19,0	+ 6,2	+ 15,6	+ 11,7
	Exporte in % der Importe	92,9	85,6	87,1				
Slowenien	Exporte	9.505	10.349	10.966	+ 8,9	+ 6,0	+ 5,8	+ 11,5
	Importe	10.996	11.345	11.574	+ 3,2	+ 2,0	+ 0,3	+ 7,4
	Exporte in % der Importe	86,4	91,2	94,7				
Bulgarien	Exporte	5.253	5.714	5.949	+ 8,8	+ 4,1	+ 5,8	+ 9,5
	Importe	7.085	8.128	8.313	+ 14,7	+ 2,3	+ 11,5	+ 7,6
	Exporte in % der Importe	74,1	70,3	71,6				
Rumänien	Exporte	11.219	12.711	14.678	+ 13,3	+ 15,5	+ 9,8	+ 21,8
	Importe	14.128	17.363	18.898	+ 22,9	+ 8,8	+ 19,1	+ 14,8
	Exporte in % der Importe	79,4	73,2	77,7				
Kroatien	Exporte	4.818	5.210	5.183	+ 8,1	- 0,5	+ 5,0	+ 4,6
	Importe	8.588	10.232	11.316	+ 19,1	+ 10,6	+ 15,7	+ 16,3
	Exporte in % der Importe	56,1	50,9	45,8				
Mazedonien	Exporte	1.431	1.290	1.178	- 9,9	- 8,7	- 12,7	- 3,7
	Importe	2.266	1.884	2.076	- 16,9	+ 10,2	- 19,4	+ 16,3
	Exporte in % der Importe	63,2	68,4	56,7				
Serbien und Montenegro	Exporte	1.808	2.095	2.401	+ 15,9	+ 14,6	+ 10,5	+ 19,5
	Importe	3.892	5.386	6.654	+ 38,4	+ 23,6	+ 30,4	+ 26,1
	Exporte in % der Importe	46,5	38,9	36,1				
Russland ¹⁾	Exporte	113.672	113.448	113.172	- 0,2	- 0,2	- 3,3	+ 5,2
	Importe	48.552	60.025	64.049	+ 23,6	+ 6,7	+ 19,8	+ 12,6
	Exporte in % der Importe	234,1	189,0	176,7				
Ukraine	Exporte	15.771	18.159	19.004	+ 15,1	+ 4,7	+ 11,6	+ 10,4
	Importe	15.104	17.612	17.967	+ 16,6	+ 2,0	+ 13,0	+ 7,6
	Exporte in % der Importe	104,4	103,1	105,8				

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

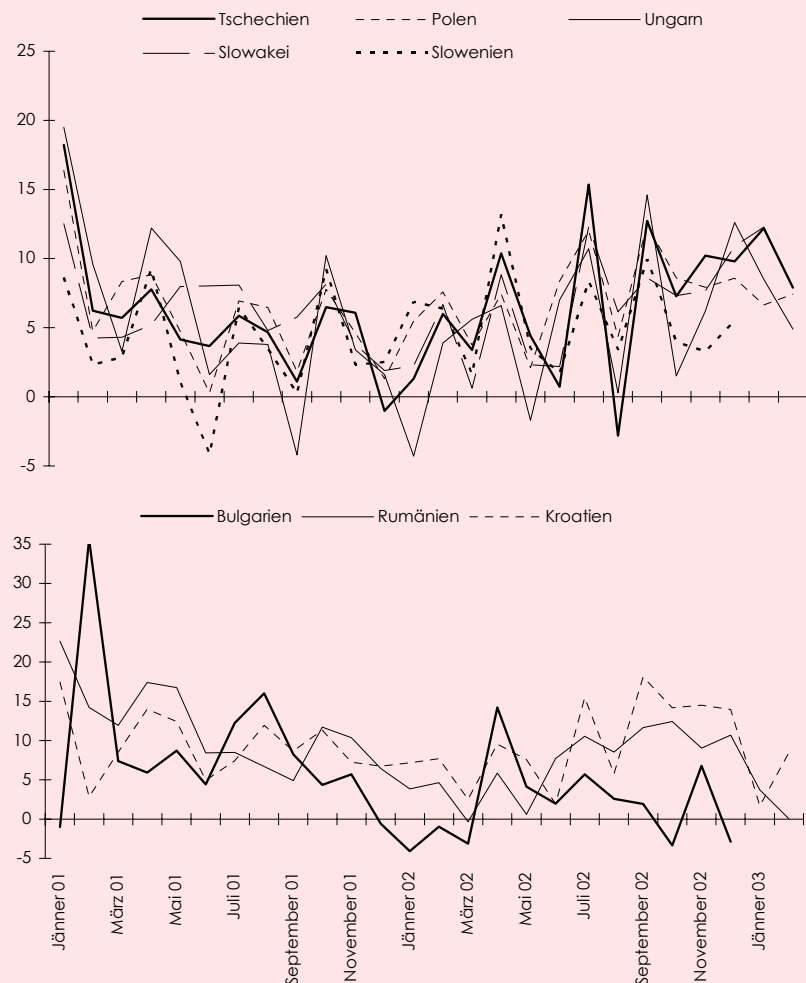
Übersicht 6: Bruttoanlageinvestitionen und privater Konsum

	Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾			Privater Konsum ¹⁾		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Tschechien	+ 5,4	+ 5,5	+ 0,6	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,9
Ungarn	+ 7,7	+ 3,5	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,7	+ 10,2
Polen	+ 2,7	- 8,8	- 7,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 3,3
Slowakei	+ 1,2	+ 9,6	- 0,9	- 1,8	+ 4,0	+ 5,4
Slowenien	+ 0,2	- 0,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 2,6	+ 1,9
Bulgarien ²⁾	+ 15,4	+ 23,3	9,3	+ 4,9	+ 4,5	3,9
Rumänien	+ 4,6	+ 6,6	+ 8,3	- 0,4	+ 6,7	+ 3,0
Kroatien	- 3,8	+ 9,7	+ 10,1	+ 4,2	+ 4,6	+ 6,6
Mazedonien	- 3,2	.	.	+ 11,0	.	.
Serbien und Montenegro ³⁾	+ 13,3	.	.	.	.	.
Russland	+ 13,2	+ 11,5	.	+ 9,3	+ 9,9	+ 8,5
Ukraine	+ 12,1	.	.	+ 5,4	.	.

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Gemäß VGR. – ²⁾ Tatsächlicher Konsum der privaten Haushalte. – ³⁾ Gemäß Investitionsstatistik.

Abbildung 3: Arbeitsproduktivität in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Das Wirtschaftswachstum dürfte im Durchschnitt der MOEL 7 auch 2003 und 2004 jenes der EU 15 um 1,5 bis 2 Prozentpunkte übersteigen. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte 2002 in den MOEL 12 etwa 14 Mio.; sie könnte 2004 noch etwas steigen.

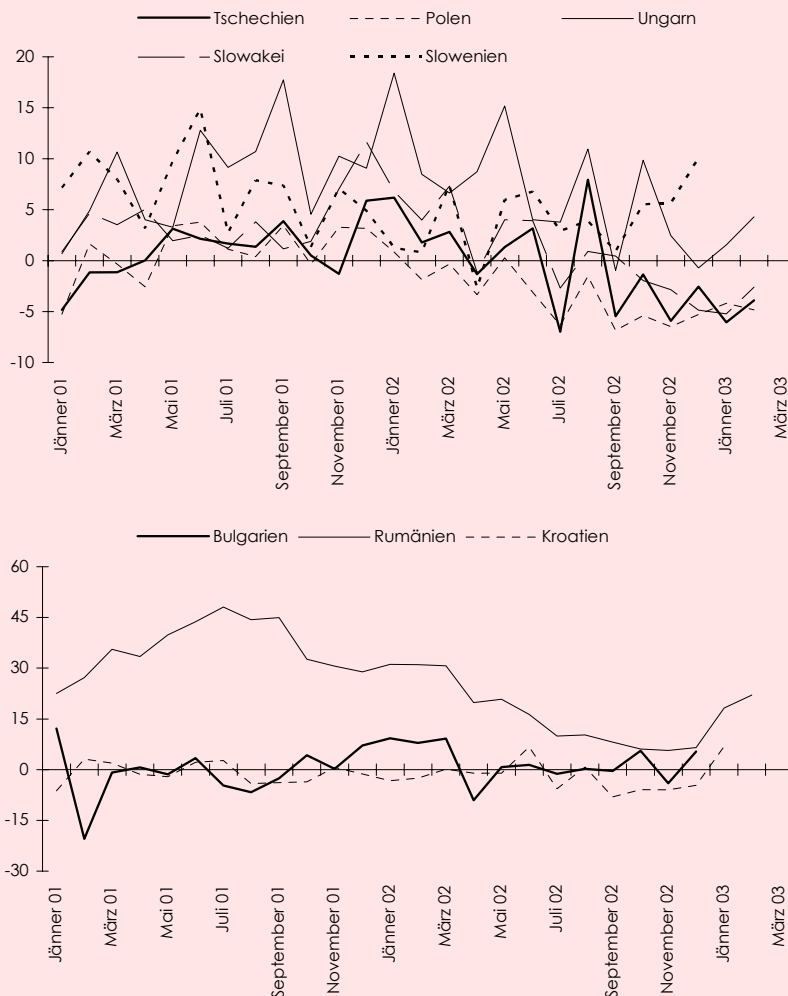
Das Wirtschaftswachstum dürfte im Durchschnitt der MOEL 7 auch 2003 und 2004 jenes der EU 15 um 1,5 bis 2 Prozentpunkte übersteigen. Die Inflation dürfte weiter nachlassen; wahrscheinlich wird sie sich in jenen Ländern, in denen sie 2002 überraschend niedrig war (Tschechien, Polen, Slowakei, Kroatien, Mazedonien, Ukraine), wieder etwas beschleunigen.

Das Leistungsbilanzdefizit dürfte sich in der gesamten Region der MOEL 7 wenig verändern. Relativ hoch ist es in Kroatien sowie Serbien und Montenegro.

Ein akutes Problem ist die Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote stieg in den MOEL 7 von 12,8% im Jahr 2001 auf 13,8% und könnte 2004 noch etwas höher ausfallen. In Polen, Bulgarien und der Slowakei betrug sie 2002 zwischen 18% und 20%. 2002 erreichte die Zahl der Arbeitslosen in den MOEL 5 laut Labour-Force-Survey knapp über 4,5 Mio., 3,4 Mio. davon in Polen (Bulgarien und Rumänien jeweils 1,5 Mio., Russland 5,7 Mio., Ukraine 2,2 Mio.). Eine deutliche Besserung ist kurzfristig nicht zu erwarten. Günstiger ist die Situation in Slowenien, Ungarn und Tschechien mit Arbeitslosenquoten zwischen 6% und 8%.

Abbildung 4: Lohnstückkosten in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Zu Kaufkraftparitäten übertrifft das BIP pro Kopf mittlerweile in Slowenien jenes von Griechenland und ist fast so hoch wie in Portugal (Übersicht 2). In diesen drei Ländern macht das BIP pro Kopf etwas weniger als drei Viertel des EU-Durchschnitts aus. Es folgen Tschechien mit über 60%, Ungarn und der Slowakei mit über 50%. Polen, Estland und Litauen liegen bei rund 40%, während Lettland das einzige neue EU-Mitglied sein wird, das nur etwa ein Drittel des EU-Durchschnitts erreicht. In Bulgarien und Rumänien ist die Relation ähnlich niedrig. Das gemessen an diesem Indikator ärmste unter den hier besprochenen Ländern ist die Ukraine mit knapp weniger als 20% des EU-Durchschnitts. Ein Aspekt, der statistisch kaum erfasst ist, sind Unterschiede zwischen dem Volksvermögen pro Kopf, die sich etwa im unterschiedlichen Bestand an Unternehmen und deren Zustand, in der Bausubstanz und in der Qualität der Infrastruktur ausdrücken.

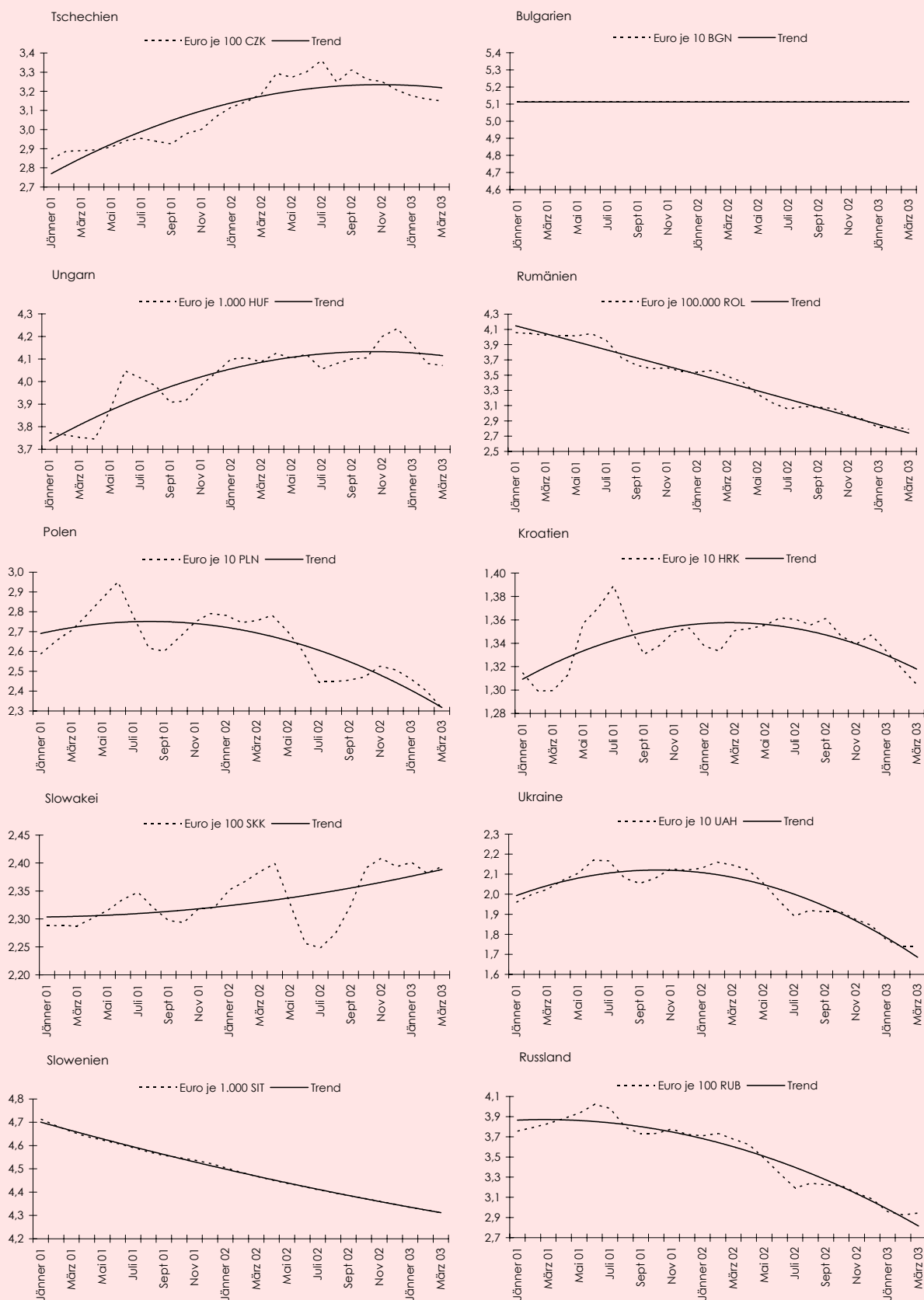
Das allgemeine Preisniveau der Transformationsländer ist im Vergleich zur EU weiterhin niedrig (Übersicht 2). In Slowenien betrug es 2001 etwa zwei Drittel des EU-Niveaus, in Kroatien etwas unter 60%, in Ungarn, Polen und Tschechien rund 50%. In den anderen Ländern blieb es deutlich unter 50%, am niedrigsten war es in der Ukraine mit 20%. Anders als das BIP pro Kopf weisen die Preisrelationen von Jahr zu Jahr deutliche Verschiebungen auf, die sich aus unterschiedlichen Wechselkurs- und Inflationsentwicklungen ergeben. So fielen Kroatien und Polen 2001 gegenüber früheren Jahren merklich zurück.

Strukturaspekte

BIP pro Kopf im Vergleich zur EU niedrig

Preisniveau unter dem EU-Durchschnitt

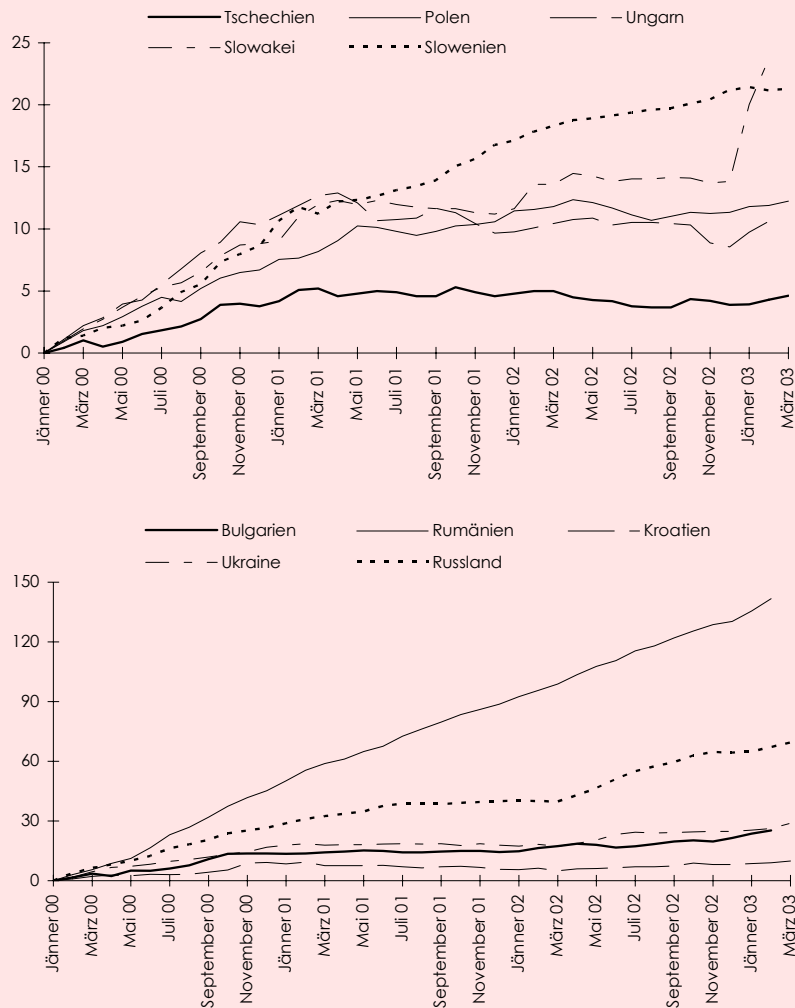
Abbildung 5: Nominelle Wechselkurse



Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Abbildung 6: Produzentenpreisindex

Veränderung gegenüber Jänner 2000 in %



Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Ausschlaggebend für den großen Preisniveaustand gegenüber der EU sind einerseits die relativ sehr niedrigen Preise nichthandelbarer Güter in Bereichen wie öffentlicher Verkehr, Wohnungswesen, Gesundheit und staatliche Dienste und andererseits die Tatsache, dass viele der in den Transformationsländern produzierten handelbaren Güter im internationalen Maßstab eher dem Segment der Billigprodukte zuzuordnen sind. Insbesondere dank der niedrigen Preise nichthandelbarer Güter ist der durchschnittliche Lebensstandard höher, als die Durchschnittslöhne, mit Wechselkursen in Euro umgerechnet, dem westlichen Beobachter suggerieren.

Nur Russland und die Ukraine erzielten in den letzten Jahren Exportüberschüsse, in allen anderen Transformationsländern war der Außenhandel stets defizitär. Die Leistungsbilanz dieser Länder wies Überschüsse aus, jene Sloweniens war stets etwa ausgeglichen. Die Leistungsbilanz der anderen Transformationsländer war in den letzten Jahren defizitär. In Kroatien, Slowenien, Tschechien und Ungarn kompensieren regelmäßig hohe Nettoeinnahmen aus dem Tourismus einen Teil des Handelsbilanzdefizits. Als solide Deckung des Leistungsbilanzdefizits gelten vor allem ausländische Direktinvestitionen, die sich allerdings bisher auf die MOEL 5 konzentrierten: Vom Gesamtvolumen akkumulierter Direktinvestitionen in Transformationsländern (Ende 2002 195 Mrd. \$) entfielen auf die MOEL 5 zwei Drittel. Ausländische Direktinvestitionen werden aber in Zukunft voraussichtlich auch in den Transformationsländern außerhalb der MOEL 5 eine größere Rolle spielen, vor allem in jenen, die in einer neuen

Aufgrund unterschiedlicher Inflations- und Abwertungsraten verschob sich der Abstand des Preisniveaus in den MOEL gegenüber der EU 2002 deutlich.

Außenhandel strukturell defizitär

Starke EU-Orientierung des Außenhandels

Der Anteil der EU 15 an den Exporten der fortgeschrittenen Transformationsländer hat seinen Höchstwert überschritten.

Spezialisierung der Exporte auf technisch hochwertige Fertigprodukte

Maschinen und Transportmittel dominieren mittlerweile die Exporte der fortgeschrittenen Transformationsländer.

Wirtschaftspolitik

Die tschechische Notenbank ging mit einer Senkung der Leitzinssätze voran. Sie konnte damit den Trend zu nomineller Aufwertung zumindest vorläufig stoppen. Alle MOEL-Notenbanken setzten in der Folge die Leitzinsen herab, ohne dadurch den Rückgang der Inflation aufzuhalten.

Strukturelles Defizit im Staatshaushalt hoch, aber nicht außer Kontrolle

Runde der EU beitreten könnten (Bulgarien, Rumänien und möglicherweise auch Kroatien).

Insbesondere die MOEL 7 konnten trotz der schlechten internationalen Konjunktur ihre Präsenz auf internationalen Märkten ausbauen. Möglicherweise stützten sich angesichts der schlechten Ertragslage Unternehmen im Westen verstärkt auf preiswerte Inputs aus den Transformationsländern. Ähnliche Überlegungen könnten für transnationale Unternehmen mit Niederlassungen in den Transformationsländern gelten. Die EU 15 nahm 2002 zwischen 56% und 75% der Exporte der MOEL 7 auf; am höchsten war der EU-Anteil in Ungarn. Allerdings erreichte der Exportanteil der EU 15 in den höchstentwickelten Transformationsländern seinen Höchstwert bereits 1999 und sinkt seither leicht.

Jene Länder, die in den letzten Jahren den Großteil der Auslandsinvestitionen aufnahmen, spezialisieren sich in ihren Exporten zunehmend auf technisch hochwertige Fertigprodukte, insbesondere Transportmittel und Maschinen sowie optische und elektronische Geräte. Ungarns Exportschwerpunkt verlagerte sich am stärksten auf Maschinen und Verkehrsmittel: Diese Warengruppe stellte 2002 59% der Gesamtexporte des Landes, nach 26% im Jahr 1995. Für Tschechien und Slowenien waren Maschinen und Verkehrsmittel bereits 1995 wichtige Exportgüter, und sie gewannen vor allem in Tschechien in der Folge erheblich an Bedeutung. Auch in der Slowakei schreitet die Spezialisierung auf diesen Güterbereich rasch voran.

Konstanz oder sogar ein Sinken des Preisniveaus über mehrere Monate hinweg ist für die Transformationsländer ein neues Phänomen. Die Phase intensiver Transformation war mit hoher Inflation verbunden, und ihrer Bekämpfung wurde große Priorität eingeräumt. Relativ hohe Nominalzinssätze, die positive Realzinssätze gewährleisten sollten, waren dementsprechend die Norm. Im Zuge der weitgehenden Liberalisierung grenzüberschreitender Kapitalströme erwiesen sich die hohen Nominalzinssätze als Anreiz für kurzfristige Kapitalanlagen. Der Aufwertungsdruck, der daraus erwuchs, wirkte auf den Anreiz verstärkend. In der Folge konnte der Anstieg des Wechselkurses die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen überfordern.

Die Notenbanken reagierten – in der Tradition der Inflationsbekämpfung verhaftet – teilweise nur zögerlich auf dieses Phänomen. Die tschechische Nationalbank ging mit einer Senkung der Leitzinssätze voran, der Diskontsatz lag Anfang Mai 2003 mit 1,5% unter dem Niveau der Euro-Zone. Polens Notenbank senkte 2002 selbst angesichts eines zeitweisen Rückgangs der Preisindizes die Leitzinsen nur zaghaft. Ungarns Notenbank erhöhte 2002 nach den Parlamentswahlen die Leitzinssätze als Gegengewicht zur kräftigen Ausweitung der Staatsausgaben. Sie sah sich angesichts des resultierenden Aufwertungsdrucks nach einigen Monaten gezwungen, diese Hochzinspolitik zu revidieren. Ende 2002 waren die Leitzinssätze ausnahmslos niedriger als zu Jahresbeginn.

Es ist bemerkenswert, dass Tschechien als das Land mit den niedrigsten Leitzinssätzen 2001 und 2002 unter den MOEL 7 auch die niedrigste Inflationsrate auswies. In allen Ländern war die Zinssatzsenkung von einer Verringerung der Inflation begleitet. Hinweisen auf einen positiven Einfluss der Zinssatzsenkung – die allerdings keineswegs immer auch eine Senkung der Realzinssätze bewirkte – auf die Investitionen liegen kaum vor. Wo die realen Zuwachsraten der Bruttoanlageinvestitionen 2002 hoch waren (wie in Kroatien, Rumänien und Ungarn), waren sie primär staatlich finanziert. Ein Effekt des Rückgangs der Nominalzinssätze auf die Wechselkursentwicklung ist aufgrund der Datenlage in den Ländern mit flexiblem Wechselkurs (also allen hier besprochenen Ländern außer Bulgarien) nicht auszuschließen.

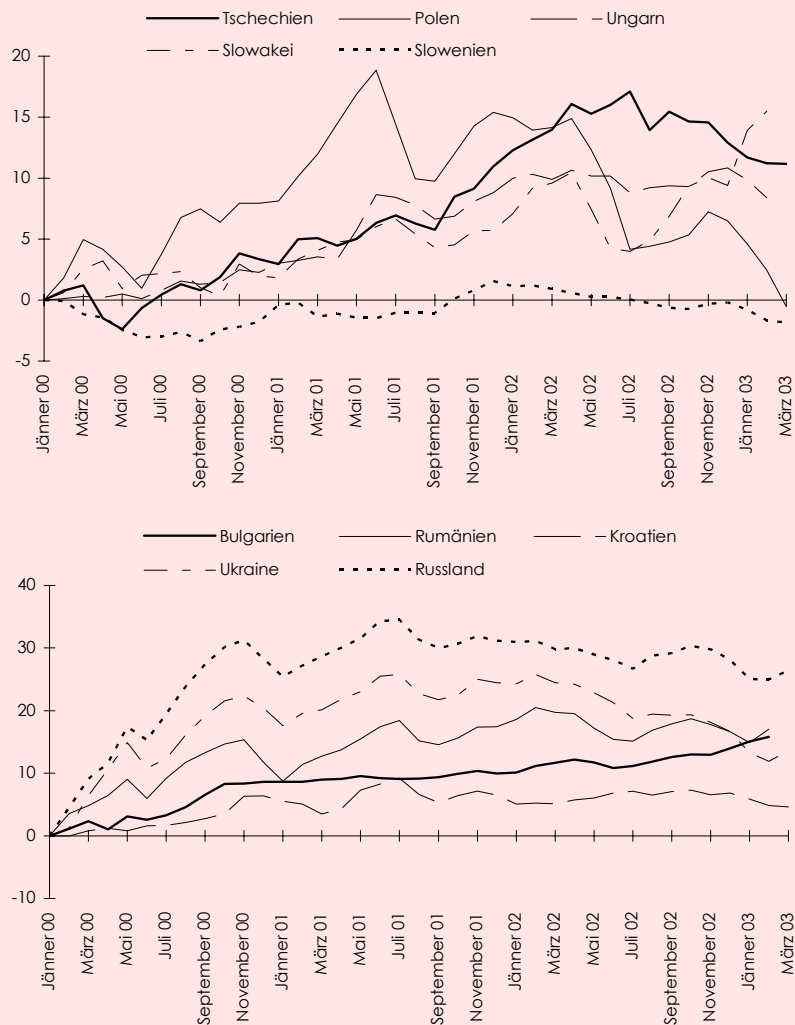
Der Staatshaushalt ist in den meisten Transformationsländern chronisch defizitär. Die Statistiken sind jedoch nur eingeschränkt vergleichbar, weil sich die Berechnungsmethode in den einzelnen Ländern unterscheidet. Die tschechische Statistik etwa weist für 2002 ein Defizit der Zentralregierung von 2% des BIP aus, eine den EU-Richtlinien entsprechende Berechnung des Staatsdefizits kommt hingegen zu einer Quote von etwa 5%. Abgesehen von Slowenien überschreiten die MOEL die im Maastricht-Vertrag festgesetzte Obergrenze von 3% des BIP noch weit. 2002 wurden die Defizite

auch nicht verringert, sondern ausgeweitet. Einen Überschuss des Staatshaushalts meldeten Russland und die Ukraine.

Die Ausgaben des Zentralstaates machten 2002 zwischen 15% (Rumänien) und 34% (Ungarn) des BIP aus, die Summe aller öffentlichen Ausgaben (Übersicht 10) lag hingegen in den letzten Jahren zwischen fast 54% (Kroatien im Jahr 2000) und knapp unter 27% (Russland und Ukraine 2001 bzw. 2002).

Abbildung 7: Reale Wechselkurse

Veränderung gegenüber Jänner 2000 in %



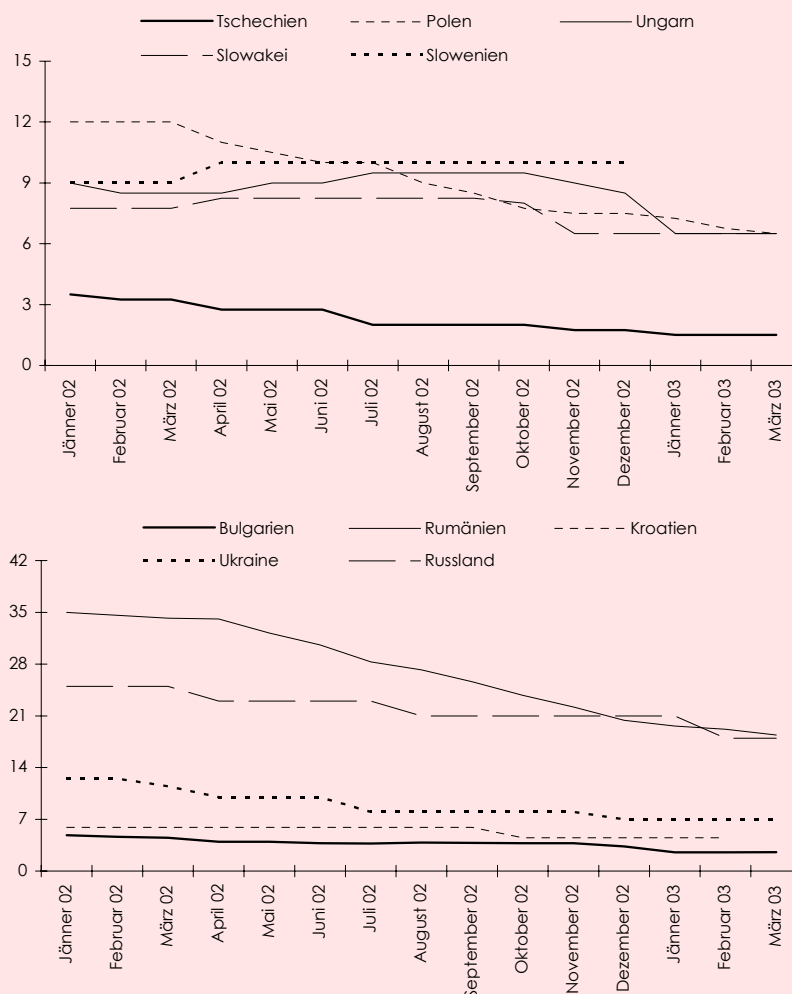
Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. – 1) Positive Werte: reale Aufwertung, d. h. Verringerung des Abstands gegenüber den Produzentenpreisen der EU.

Die Wirtschaft der Transformationsländer ist weiterhin durch einen starken Kontrast zwischen Unternehmen im Auslandsbesitz und Unternehmen in heimischem Besitz geprägt. Erstere sind technisch besser ausgestattet, mit dem Markt besser vernetzt und zum Teil hoch profitabel, während letztere vielfach mit veralteten Technologien arbeiten, das Niedrigqualitätssegment des jeweiligen Marktes abdecken und häufig kaum Gewinne erzielen. Somit stehen wenig Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionsprojekten zur Verfügung, und die Voraussetzungen für eine Finanzierung durch Kredite sind ungünstig. Die Arbeitsproduktivität und ihre Entwicklung unterscheiden sich zwischen den beiden Sphären beträchtlich. In höherentwickelten Marktwirtschaften ist ein solcher Kontrast nicht oder zumindest nicht in dieser Schärfe zu beobachten.

Die Staatshaushalte der MOEL weisen noch Defizite auf, die weit über den EU-Normen liegen.

Abbildung 8: Leitzinssätze der Nationalbanken

Nominell, in % p. a.



Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Wachsende Bedeutung des österreichischen Osthandels

Österreichs Überschuss im Osthandel hatte einen positiven Beschäftigungseffekt. Im Handel mit den MOEL 7 überwiegen inzwischen auch auf der Importseite die Fertigprodukte.

Österreich erzielte 2002 im Osthandel einen Überschuss von 3 Mrd. € (Übersicht 11). Fast die Hälfte davon resultierte aus dem Handel mit den beiden Nachbarländern Ungarn (27%) und Slowenien (21%). Kroatiens Anteil betrug ebenfalls 21% und jener von Serbien und Montenegro 9%. Somit resultierte mehr als die Hälfte der österreichischen Überschüsse im Osthandel aus dem früheren Jugoslawien. Der Überschuss im Handel mit Polen hingegen war gering, und der Handel mit der Slowakei und Tschechien war defizitär.

Knapp 17% der österreichischen Exporte ging 2002 in die Transformationsländer (MOEL 12), während Österreich nur 13% seiner Importe aus diesen Ländern bezog. Die Bedeutung des Osthandels steigt: 1995 hatte er lediglich 13,5% der Exporte und 8,7% der Importe umfasst. Wichtigste Handelspartner Österreichs waren sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite Ungarn und Tschechien. In Polen erzielte Österreich geringere Exporterlöse als etwa in Slowenien. Der Handel mit Polen erscheint unterentwickelt, wenn man bedenkt, dass Polen allein ein ähnlich großes BIP produziert wie die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zusammen (Übersicht 2).

Im Handel zwischen Österreich und den MOEL 7 erhöhte sich der Anteil der Fertigwaren im Export, vor allem aber im Import, er betrug 2002 jeweils 54%. Aus Russland und der Ukraine bezog Österreich hingegen überwiegend Roh- und Brennstoffe.

Übersicht 7: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslands- verschuldung ¹⁾		Währungsreserven der Nationalbank (ohne Gold) ²⁾		Leistungsbilanz			
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2003	2004
	Mrd. \$, Jahresendstand							
Tschechien	22,4	26,3	14,5	23,7	- 3,3	- 3,7	- 4,3	- 4,6
Ungarn	33,2	40,4	10,7	10,4	- 1,8	- 2,7	- 3,0	- 3,0
Polen	71,8	81,9	25,6	28,7	- 7,2	- 6,7	- 7,6	- 8,5
Slowakei	11,0	12,2	4,2	9,2	- 1,8	- 1,9	- 1,3	- 1,0
Slowenien	6,7	8,8	4,3	7,0	0,0	0,4	0,1	0,1
Bulgarien	10,6	10,9	3,3	4,4	- 0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,5
Rumänien	12,4	15,2	3,9	6,1	- 2,2	- 1,6	- 2,2	- 2,5
Kroatien	11,3	15,2	4,7	5,9	- 0,6	- 1,5	- 1,0	- 0,9
Mazedonien	1,4	1,5	0,7	0,7	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Serbien und Montenegro	11,7	11,8	1,2	2,3	- 0,6	- 1,7	- 2,0	- 2,0
Russland	144,5	140,0	32,5	44,1	35,0	32,8	27,0	25,0
Ukraine	10,4	11,5	3,0	4,4	1,4	3,2	1,8	.

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen, 2003 und 2004: Prognose des WIIW. – ¹⁾ Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. – ²⁾ Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF; Tschechien und Slowakei: einschließlich Gold; Ungarn: Gesamtreserven.

Übersicht 8: Außenhandel der MOEL mit der EU 15

Laut Zollstatistik

	1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Exportanteil der EU 15 in %					
Tschechien	58,6	64,0	69,2	68,6	68,9	68,4
Ungarn ¹⁾	62,7	73,0	76,2	75,1	74,3	75,1
Polen	66,2	68,3	70,5	69,9	69,2	68,7
Slowakei ²⁾	41,3	55,7	59,4	59,0	59,9	60,5
Slowenien	64,5	65,5	66,0	63,8	62,1	59,4
Bulgarien ³⁾	39,1	49,6	52,0	51,1	54,7	55,6
Rumänien	56,5	64,5	65,5	63,8	67,8	67,1
Kroatien ⁴⁾	51,0	47,6	48,7	54,4	54,1	52,9
Mazedonien	42,7	44,1	45,3	42,8	48,7	50,8
Serbien und Montenegro ⁵⁾	34,6	38,3	36,3	38,7	42,8	40,9
Russland ⁶⁾	32,1	32,5	34,1	35,8	36,9	.
Ukraine	11,1	16,8	18,3	17,8	18,3	17,8
	Importanteil der EU 15 in %					
Tschechien	62,4	63,5	64,2	62,0	61,8	60,2
Ungarn ¹⁾	59,8	64,1	64,4	58,4	57,8	56,3
Polen	63,9	65,6	64,9	61,2	61,4	61,7
Slowakei ²⁾	37,3	50,1	51,7	48,9	49,8	50,3
Slowenien	67,5	69,4	68,9	67,8	67,6	68,0
Bulgarien ³⁾	35,1	44,9	48,4	44,0	49,2	50,1
Rumänien	52,3	57,7	60,7	56,6	57,3	58,4
Kroatien ⁴⁾	59,4	59,4	56,5	55,4	57,1	55,8
Mazedonien	38,7	36,3	40,7	38,2	42,4	45,3
Serbien und Montenegro ⁵⁾	42,0	43,1	41,4	41,4	41,1	42,6
Russland ⁶⁾	34,5	36,1	36,9	32,9	36,8	.
Ukraine	15,7	21,6	20,2	20,6	21,7	23,8

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – ²⁾ Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – ³⁾ Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – ⁴⁾ Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – ⁵⁾ Seit 1999 ohne Kosovo und Metohia. – ⁶⁾ Nur registrierter Handel.

Am 1. Mai 2004 werden voraussichtlich Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn der EU beitreten³⁾. Sie werden zunächst nicht an der Währungsunion teilnehmen; bis auf weiteres werden auch die Kontrollen an den Grenzen zur EU aufrecht bleiben. Die Freizügigkeit der Arbeit wird vorerst ausge-

Die bevorstehende EU-Erweiterung

³⁾ Detailliertere Informationen zur EU-Erweiterung finden sich in Richter, S. (Hrsg.), "The Accession Treaty and Consequences for New EU Members", WIIW Current Analysis and Country Profiles, 2003, (18), <http://www.wiiv.at/>.

Die Bevölkerung der neuen wie der alten EU-Mitglieds-länder könnte nach dem Beitritt der MOEL mit 1. Mai 2004 subjektiv weniger Veränderungen feststellen als erwartet. Auf der Unternehmensebene der neuen Mitglieds-länder werden sich hingegen die Anpassungsprozesse beschleunigen. Die Folgen dieses Prozesses könnten sich mittelfristig für Teile der Bevölkerung sowie für einzelne Regionen als schmerzlich erweisen.

setzt, und der Grunderwerb auch durch EU-Ausländer in Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn unterliegt weiterhin Beschränkungen.

Die wirtschaftliche Integration der neuen Mitglieds-länder wird mit dem EU-Beitritt nicht abgeschlossen, sondern tritt erst in die entscheidende Phase. Die Effizienz der massiven Beitrittsvorbereitungen vor allem auch in institutioneller Hinsicht, die seit einigen Jahren in Gange sind, wird sich rasch erweisen.

In vielen Bereichen wurden die Handelshemmnisse zwischen den MOEL und der EU bereits durch die Assoziationsverträge verringert oder beseitigt. Verbliebene Barrieren, auch jene nichttarifärer Natur, fallen mit dem EU-Beitritt weg. Gleichzeitig wird eine Vielzahl von EU-Normen für die Unternehmen verbindlich – sie werden in vielen Fällen nur mit hohem finanziellem Aufwand zu erfüllen sein. Der Handel mit Drittländern wird den in der EU gültigen Regeln entsprechen und EU-weit gültigen Zollsätzen unterliegen.

Übersicht 9: Exportspezialisierung

Nach Warengruppen (SITC)

		1995	2002	1995/2002
		Anteile an den Gesamtexporten In %		Veränderung in Prozentpunkten
Tschechien	Maschinen, Verkehrsmittel	30,3	49,6	+ 19,3
Ungarn	Maschinen, Verkehrsmittel	25,6	58,9	+ 33,3
Polen	Maschinen, Verkehrsmittel	21,1	37,5	+ 16,4
Slowakei	Maschinen, Verkehrsmittel	18,8	39,5	+ 20,7
Slowenien	Maschinen, Verkehrsmittel	31,4	37,1	+ 5,7
Bulgarien	Verschiedene Fertigwaren	9,3	27,6	+ 18,3
Rumänien	Verschiedene Fertigwaren	31,7	39,0	+ 7,3
Kroatien	Maschinen, Verkehrsmittel	16,8	28,5	+ 11,7
Mazedonien	Verschiedene Fertigwaren	18,3	34,9	+ 16,6
Serbien und Montenegro	Verschiedene Fertigwaren	14,6 ¹⁾	16,3	+ 1,7 ¹⁾
Russland	Harmonisiertes System: Mineralische Stoffe	42,9	55,0	+ 12,1
Ukraine	Harmonisiertes System: Unedle Metalle und Waren daraus	33,1 ¹⁾	39,7	+ 6,6 ¹⁾

Q: WIIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken. – ¹⁾ 1996 bzw. 1996/2002.

Vorerst werden Wechselkursänderungen weiterhin möglich sein und das Potential haben, den Wettbewerbsdruck, dem die Produzenten handelbarer Güter ausgesetzt sind, zu verschärfen oder abzuschwächen.

Die Unternehmen der neuen Mitglieds-länder erhalten freien Zugang zu einem der weltweit größten Märkte, werden aber gleichzeitig auch verstärktem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Wechselkursänderungen können vorerst diesen Wettbewerbsdruck intensivieren oder verringern. Die rasche Teilnahme an der Währungsunion ist das Ziel insbesondere der MOEL-Notenbanken. Die meisten Länder werden jedoch die in den Maastricht-Verträgen festgelegten Stabilitätskriterien kurzfristig nicht erfüllen können. Die Notenbanken stehen in dieser Phase vor der Aufgabe, simultan die Zinssätze zu senken, die Inflation zu bekämpfen oder niedrig zu halten und die Stabilität des Wechselkurses sicherzustellen.

In den ersten drei Jahren nach der EU-Erweiterung werden die MOEL Nettozahlungen aus dem EU-Budget von insgesamt 5 bis 10 Mrd. € erhalten.

Auch für die Regierungen wird die rasche Erfüllung der Maastricht-Kriterien und somit die Senkung der öffentlichen Defizite Priorität haben. Die neuen Mitglieds-länder werden gemäß den Vereinbarungen von Kopenhagen in den ersten drei Jahren nach dem Beitritt (2004 bis 2006) insgesamt knapp 15 Mrd. € an Beiträgen zum EU-Haushalt abführen. Gleichzeitig werden etwa 20 bis 25 Mrd. € an EU-Mitteln in diese Länder fließen – allerdings nur zum geringeren Teil in den Staatshaushalt. Abgesehen von Slowenien, das auf die bevorstehenden Änderungen gut vorbereitet ist, werden die Regierungen in der Budgetpolitik mit Problemen konfrontiert sein. Die bereits defizitären Haushalte werden durch den EU-Beitritt zusätzlich belastet: durch den Entfall von Einnahmen wie etwa der Zölle, die Überweisungen an den EU-Haushalt oder die Notwendigkeit der Kofinanzierung von EU-Projekten. Die Bauern werden die Direktzahlungen aus nationalen Mitteln einfordern, die von der EU in einem gewissen Ausmaß gestattet werden.

Übersicht 10: Konsolidierter Staatshaushalt

	1998	1999	2000	2001	2002
	Ausgaben in % des BIP				
Tschechien	41,6	43,0	44,2	44,9	.
Ungarn	49,9	47,0	46,0	45,7	50,6
Polen	.	.	.	.	.
Slowakei	41,5	42,2	44,1	43,2	.
Slowenien	43,7	44,2	42,2	42,8	42,1
Bulgarien	38,8	41,6	42,4	40,7	39,4
Rumänien	35,3	34,7	35,4	33,8	29,7
Kroatien	52,4	55,2	54,0	.	.
Mazedonien	40,7	41,1	41,5	40,8	.
Russland	30,7	26,4	26,8	26,6	.
Ukraine	30,4	26,7	28,3	27,2	26,7

Budgetsaldo in % des BIP

Tschechien	- 1,5	- 0,6	- 3,1	- 2,4	.
Ungarn	- 6,3	- 3,4	- 3,4	- 2,9	- 9,3
Polen	.	.	.	.	.
Slowakei	- 4,4	- 3,5	- 3,3	- 3,1	.
Slowenien	- 0,8	- 0,6	- 1,3	- 1,3	- 2,8
Bulgarien	- 1,0	- 0,9	- 1,0	- 0,9	- 0,7
Rumänien	- 3,6	- 1,8	- 4,0	- 3,3	- 2,6
Kroatien	0,5	- 2,2	- 5,0	.	.
Mazedonien	- 0,5	0,9	2,3	1,5	.
Russland	- 5,7	- 0,9	1,9	2,9	.
Ukraine	- 2,2	- 1,5	0,6	- 0,3	0,8

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen.

Die Vereinbarungen von Kopenhagen haben, obwohl sie primär auf die Periode 2004 bis 2006 ausgerichtet sind, einen Rahmen geschaffen, der auch eine schwer zu verändernde längerfristige Festlegung bedeuten wird.

Ob in den neuen EU-Mitgliedsländern das BIP pro Kopf gegenüber dem Durchschnitt der EU 15 wesentlich steigen wird, ist eine offene Frage. Das Beispiel der Kohäsionsländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien legt nahe, dass nach dem EU-Beitritt sehr unterschiedliche Entwicklungsmuster möglich sind. Griechenlands Rückstand gegenüber den Nicht-Kohäsionsländern vergrößerte sich nach dem EU-Beitritt und lag 2002 wieder etwa auf dem Niveau des Beitrittsjahres. Irlands Rückstand blieb nach dem EU-Beitritt Jahrzehnte hindurch fast unverändert, ehe eine rasche Verringerung einsetzte und das BIP pro Kopf schließlich über den EU-Durchschnitt hinauswuchs. In allen Kohäsionsländern außer Irland expandierte das BIP pro Kopf in der Zeit der Mitgliedschaft schwächer als in den Jahren zuvor. Nur jene neuen EU-Mitgliedsländer, die günstige institutionelle Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten aufzubauen vermögen, werden gute Chancen haben, langfristig in die Gruppe wohlhabender EU-Länder aufzurücken.

Auch nach dem EU-Beitritt können die Volkswirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsmustern unterliegen.

Polens Wirtschaft erholt sich von einem Wachstumseinbruch, der das Land an den Rand der Stagnation brachte. Der Grund lag nicht in der internationalen Konjunktur, sondern in hausgemachten Problemen. Um das ehrgeizige Ziel der Inflationsbekämpfung zu verfolgen, hielt die Notenbank die nominellen wie auch die realen Zinssätze sehr hoch; tatsächlich war etwa der Produzentenpreisindex 2002 zeitweise rückläufig.

Internationale Kapitalanleger wurden von den hohen Nominalzinssätzen angezogen. Die Währung wertete (zum Nachteil polnischer Produzenten) bis Mitte 2001 stark auf, der Preisabstand gegenüber der EU verringerte sich. 2001 und 2002 wurden die Bruttoanlageinvestitionen erheblich eingeschränkt (Übersicht 6). Mittlerweile wurden die Nominalzinssätze deutlich gesenkt. Seit Mitte 2001 hat die Tendenz zu nomineller Abwertung den Preisabstand gegenüber der EU wieder vergrößert und liefert damit dem Export positive Impulse.

Kurze Länderberichte

Übersicht 11: Österreichs Außenhandel mit den MOEL

2002

	Insgesamt		Agrar- produkte	Roh- und Brenn- stoffe	Halbfertig- produkte	Fertig- waren	Insgesamt	Agrar- produkte	Roh- und Brenn- stoffe	Halbfertig- produkte	Fertig- waren
			SITC 0 + 1 + 4	SITC 2 + 3	SITC 5 + 6	SITC 7 bis 9		SITC 0 + 1 + 4	SITC 2 + 3	SITC 5 + 6	SITC 7 bis 9
	Mio. €		Anteile am Gesamtvolumen in %					1995 = 100 ¹⁾			
<i>Exporte</i>											
Polen	1.294	1,7	3,8	1,7	41,4	53,1	225	158	160	223	238
Slowakei	1.062	1,4	3,2	9,3	36,6	51,0	256	151	525	237	259
Slowenien	1.395	1,8	7,7	11,2	44,5	36,6	196	165	178	212	191
Tschechien	2.229	2,9	3,7	6,1	39,3	50,8	193	137	167	186	210
Ungarn	3.346	4,3	2,0	4,8	30,4	62,8	218	114	179	195	243
MOEL 5	9.326	12,1	3,7	6,1	36,9	53,3	212	143	197	204	229
Bulgarien	264	0,3	4,7	1,3	36,1	57,9	237	136	86	192	316
Rumänien	815	1,1	7,2	1,0	37,9	53,9	446	176	149	520	519
MOEL 7	10.405	13,5	4,0	5,6	36,9	53,5	222	147	194	214	242
Kroatien	989	1,3	9,3	6,2	31,1	53,5	259	169	207	225	326
Mazedonien	68	0,1	32,8	0,7	25,9	40,6	110	500	41	74	85
Serbien und Montenegro ¹⁾	335	0,4	15,1	2,7	29,9	52,3	308	271	241	228	414
Russland	953	1,2	6,3	0,7	37,9	55,1	154	90	299	207	141
Ukraine	273	0,4	5,3	2,3	41,7	50,7	308	207	179	431	268
MOEL 12	13.024	16,9	5,0	5,1	36,4	53,4	.	.	.	.	.
<i>Importe</i>											
Polen	922	1,2	4,9	29,5	28,6	37,0	199	164	131	230	302
Slowakei	1.199	1,6	1,3	25,3	27,3	46,1	312	356	385	195	417
Slowenien	784	1,0	1,0	4,0	38,6	56,4	205	131	202	169	243
Tschechien	2.236	2,9	1,9	22,9	24,0	51,2	244	185	145	204	411
Ungarn	2.555	3,3	5,9	13,3	21,2	59,6	279	161	181	242	373
MOEL 5	7.696	10,0	3,4	18,9	25,6	52,0	251	169	173	208	359
Bulgarien	119	0,2	5,7	9,0	19,0	66,3	262	94	180	263	333
Rumänien	505	0,7	1,9	3,1	21,8	73,2	473	80	386	288	698
MOEL 7	8.320	10,8	3,4	17,8	25,3	53,5	259	160	174	211	374
Kroatien	364	0,5	3,2	7,7	14,5	74,7	260	129	89	196	373
Mazedonien	9	0,0	7,0	1,1	51,0	40,9	60	11	10	92	108
Serbien und Montenegro ¹⁾	70	0,1	40,4	22,4	18,2	19,0	436	467	1278	265	336
Russland	1.032	1,3	0,3	83,0	15,2	1,5	126	107	130	114	71
Ukraine	252	0,3	2,9	61,1	11,4	24,6	279	230	246	170	812
MOEL 12	10.047	13,1	3,3	25,3	23,5	47,9	.	.	.	.	.

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Serbien und Montenegro: 1996 = 100.

Die Slowakei erzielte 2002 unter den MOEL 5 die höchste BIP-Steigerung (+4,4%). Wachstumsmotor war der private Konsum, begünstigt auch durch eine expansive Einkommenspolitik. Im III. Quartal 2002 setzte ein kräftiges Exportwachstum ein, das Anfang 2003 zu laufenden Preisen auf Euro-Basis über 20% erreichte. Die Importe hielten nicht Schritt, und die Handelsbilanz verbesserte sich. Die starke Exportexpansion, die ungeachtet einer leichten Aufwertung der slowakischen Krone erzielt wurde, dürfte ein Resultat ausländischer Direktinvestitionen der letzten Jahre sein, die sich als sehr erfolgreich erwiesen. Der positive Eindruck, der sich aus den gesamtwirtschaftlichen Daten ergibt, wird durch die niedrigste Inflationsrate (3,3%) seit dem Übergang zur Marktwirtschaft untermauert. Allerdings fiel sie vor allem deshalb so gering aus, weil die Regierung aus wahltaktischen Gründen 2002 keine größere Anhebung der regulierten Preise zuließ. Das Defizit 2002 beziffert die Regierung mit 4,8% des BIP. Mittelfristig wird eine Konsolidierung des Staatshaushalts nötig sein. Mit 8% des BIP ist auch das Leistungsbilanzdefizit sehr hoch. Allerdings dürfte ein Teil des Defizits in reinvestierten Gewinnen von Unternehmen in ausländischem Besitz bestehen (sie werden in der Einkommensbilanz, einer Teilbilanz der Leistungsbilanz, als Abflüsse

verbucht)⁴⁾. Ein gravierendes Problem der Slowakei ist der Kontrast zwischen der wirtschaftlichen Prosperität des Großraums Bratislava und dem durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Osten des Landes. 2003 wird die Wirtschaftsentwicklung durch eine Sparpolitik der Regierung beeinträchtigt werden, wobei der private Konsum auch durch die Erhöhung von regulierten Preisen nichthandelbarer Güter gedämpft werden dürfte. Das Wachstum wird somit von einer Expansion der Exporte ausgehen müssen.

Sloweniens reales BIP wächst seit Jahren mit Raten zwischen 2,9% und 5,2%. Der Staatshaushalt entspricht den Maastricht-Kriterien, und die Leistungsbilanz ist dauerhaft etwa ausgeglichen. Dafür sorgt eine Währungspolitik, die durch ständige leichte Abwertung den realen Euro-Wechselkurs konstant hält. In der Folge liegt die Inflationsrate allerdings hartnäckig über der 5%-Marke. 2003 und 2004 dürfte sich diese Situation nicht grundlegend ändern. Einige der Leitlinien der slowenischen Politik werden im Zuge des EU-Beitritts modifiziert werden müssen. Die Regierung beginnt bereits, gegenüber ausländischen Direktinvestitionen eine wohlwollendere Haltung einzunehmen.

Tschechien hat sowohl pro Kopf als auch in Prozent des BIP unter den Transformationsländern die meisten ausländischen Direktinvestitionen akkumuliert (Stand Ende 2002). Die Industrie hat eine lange Tradition und regeneriert sich zusehends. Die Exporte (zu laufenden Preisen, auf Euro-Basis) stiegen trotz der Flaute in der internationalen Konjunktur 2001 um 18% und 2002 um 9%. Auf Kronen-Basis wuchsen die Erlöse allerdings wegen der nominellen Aufwertung weniger stark (2001) bzw. überhaupt nicht (2002). Die auf Produktivitätserhöhungen beruhende Senkung der Lohnstückkosten und die aufwertungsbedingte Verbilligung von Importen kam jedoch den Unternehmen zugute. Das Leistungsbilanzdefizit lag 2001 und 2002 jeweils über 5% des BIP; etwa 1,5 Prozentpunkte davon dürften allerdings auf reinvestierte Gewinne von Unternehmen in Auslandsbesitz zurückzuführen sein.

Vor den Parlamentswahlen im April 2002 und den Kommunalwahlen im Oktober 2002 wurden die öffentlichen Ausgaben in Ungarn erheblich ausgeweitet. Die gesetzlichen Mindestlöhne wurden fast verdoppelt und die Löhne der Staatsbediensteten um etwa 50% angehoben. Die Transferausgaben des Staates stiegen real um 13%. In der Folge nahm der private Konsum 2002 real um über 10% zu. Durch Infrastrukturprojekte wurden die Bruttoanlageinvestitionen angeheizt. Das Budgetdefizit stieg auf über 9% des BIP. Nach den Parlamentswahlen versuchte die Nationalbank, den befürchteten Inflationswirkungen des sich abzeichnenden hohen Budgetdefizits durch eine Hochzinspolitik zu begegnen, provozierte dadurch aber einen Aufwertungsdruck, der diese Politik scheitern ließ. Die Inflationsrate sank dennoch auf ihr niedrigstes Niveau seit Einführung der Marktwirtschaft (5,3%). Die Folgen der Wirtschaftspolitik des Jahres 2002 schnell und schmerzlos zu überwinden, wird kaum möglich sein.

Bulgariens Wirtschaft wuchs 2002 um 4,8%. Das Land scheint somit unter der internationalen Wirtschaftsflaute kaum zu leiden. Die Inflationsrate war mit 5,8% relativ hoch für ein Land mit einem Currency-Board-Regime. Hohe Arbeitslosigkeit belastet die Entwicklung. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte 2002 4,3% und dürfte in den kommenden Jahren leicht sinken. 2003 und 2004 dürfte das BIP um 4% bis 5% expandieren.

In Kroatien wurde 2002 eine reale Wachstumsrate von 5,2% verzeichnet. Motor dieser kräftigen Expansion waren der private Konsum und staatlich finanzierte Investitionen. Die Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Unternehmen ist gering: Die Exporte waren 2002 auf Euro-Basis rückläufig, während die Importe kräftig stiegen und der Deckungsgrad der Importe auf 46% sank. Das Land verstärkt seine Spezialisierung auf den Tourismusbereich, Einnahmen aus dem Tourismus decken den Großteil des Handelsbilanzdefizits. Die Inflationsrate lag 2002 bei 2,2%. Das Wirtschaftswachstum wird sich wahrscheinlich 2003 etwas verlangsamen.

⁴⁾ Brada, J. C., Tomsik, V., "Reinvested Earnings Bias. The 'Five Percent' Rule and the Interpretation of the Balance of Payments – With an Application to Transition Economies", William Davidson Institute Working Paper, 2003, (543).

Sluggish International Business Climate: A Test for the Central and Eastern European Countries' Endurance – Summary

The Central and Eastern European Countries (CEECs) were able to maintain in 2001 and 2002 a growth rate significantly above that of the EU 15. The more developed group of CEECs went more in parallel with the EU 15, which means that their average growth rate fell considerably. The other group of countries has not yet reached the pre-transition level. They were more independent from the international business cycle and maintained higher growth rates or even accelerated growth.

In the second half of 2002 a quite general tendency towards stronger growth became visible, not only from GDP data, but also from industrial output and foreign trade figures.

The background for this development is a fading of nominal appreciation tendencies, possibly in the context of the central banks' lowering of nominal interest rates. In several CEECs inflation stopped too – in some cases price indices even declined for several months. The joint outcome of depreciation and no or low inflation was real depreciation. Especially in Poland this development strengthened competitiveness of domestic producers. Foreign trade was characterized by diminished growth rates compared to 2000, and at the same time also by higher export-import ratios. The specialisation of exports on technically sophisticated finished goods continues. The CEECs are still countries with low GDP per capita, even if measured in purchasing power parities. The price gap compared to the overall EU 15 level remains large. In both respects differences between CEECs are also considerable.

Economic policies of CEECs are characterized by a relaxation of monetary austerity and continuous struggles with budget deficits.

For the EU budget the accession of eight CEECs will provoke additional net expenditures of € 5 to 10 billion for the first three years as a whole. For CEE governments, EU enlargement will provoke a major stress in terms of balancing of their budgets. The enlargement will require additional expenditures of both governments and enterprises. The latter will have to comply with EU rules, which in some cases will require massive investment into new equipment.

Austria's trade with CEECs shows a € 3 billion surplus, over 50 percent of which the country achieves in the trade with countries on the territory of former Yugoslavia. Croatia and Slovenia are main sources of Austria's surplus, but Hungary remains by far the largest one. Austria's trade with Poland remains underdeveloped, as Poland's GDP corresponds to the aggregate GDP of the Czech Republic, Hungary, Slovenia and Slovakia, whereas Austria's trade volume with Poland equals that with Slovenia.

All in all, the ongoing testing of the CEECs endurance so far produces quite good results, which gives reason for optimism in view of EU enlargement.

Mazedoniens Wirtschaft erholt sich von der politischen Krise des Jahres 2001, das BIP war 2002 nicht mehr rückläufig. Die Nationalbank konzentriert sich auf die Bekämpfung der Inflation, die mit 1,5% 2002 niedriger war als in allen anderen MOEL. Sie hält den Diskontsatz bei über 10% und den Wechselkurs konstant. Dieses Korsett ist wahrscheinlich zu eng, um stärkeres Wachstum aufkommen zu lassen. Der Deckungsgrad der Importe durch Exporterlöse verringerte sich auf 57% – ein Hinweis auf eine geringe Wettbewerbsfähigkeit der mazedonischen Unternehmen. Das Leistungsbilanzdefizit lag nahe 9% des BIP, die Arbeitslosenquote bei über 30%.

Mit einer BIP-Wachstumsrate von etwa 5% in den Jahren 2001 und 2002 scheint Rumäniens Wirtschaft die Krise der Jahre 1997 bis 1999 überwunden zu haben. Weiterhin steht das Land unter dem Druck einer Inflations- und Abwertungsspirale, die sich allerdings verlangsamt. Die Inflationsrate sank von 35% (2001) auf 23% (2002), während der Wertverlust gegenüber dem Euro sich von –30% auf –20% abschwächte. Die Exporte stiegen 2002 auf Euro-Basis um über 15%, die Importe jedoch um weniger als 9%. Der Deckungsgrad der Importe nahm damit auf 78% zu. Die Notenbank hat den Leitzinssatz von 35% im Jänner 2002 auf 18% im März 2003 gesenkt. Die Regierung betreibt eine wachstumsfreundliche Politik, bekämpft aber Strukturschwächen, Effizienzmängel und das Fehlen finanzieller Disziplin im Unternehmensbereich nicht ausreichend. Dies könnte die Nachhaltigkeit des Wachstumsprozesses in Frage stellen.

Russlands Wirtschaft wächst seit der Krise des Jahres 1998 mit anfangs sehr hohen, nunmehr aber mäßigen Raten. Die Inflation verlangsamte sich 2002 auf 16%, der Leistungsbilanzüberschuss machte 2002 beinahe 10% des BIP aus. Förderung und Export von Rohöl und Erdgas haben in Russland großes Gewicht, und relativ hohe Preise dieser Güter trugen zum raschen Wachstum der letzten Jahre bei. Zudem erhöhte die Abwertung die Preisrelation zwischen importierten und heimischen Produkten drastisch. Beide Effekte sind heute weitgehend verschwunden, die Industrieproduktion wächst nur mehr mäßig. Hohe Zuwachsraten im privaten Konsum stimulieren die

Wirtschaft, während die Investoren aus dem In- und Ausland wenig Interesse zeigen. Die Zentralregierung erwirtschaftet Budgetüberschüsse, aber die Verschuldung von Unternehmen und Banken nimmt zu.

Die Wirtschaftslage wird in Serbien und Montenegro schwieriger. Potentielle ausländische Investoren werden nach dem Mord an Ministerpräsident Zoran Djindjic Mitte März 2003 noch zurückhaltender sein, die Bruttoanlageinvestitionen stagnieren auf niedrigem Niveau. Die Importe wachsen stürmisch, während die heimische Produktion nicht in Schwung kommt. Der Deckungsgrad der Importe sank von 47% im Jahr 2000 auf lediglich 36% im Jahr 2002. Das Leistungsbilanzdefizit macht über 10% des BIP aus. 2003 und 2004 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 4% beschleunigen – was nicht viel ist, wenn man bedenkt, dass das BIP im vergangenen Jahrzehnt weit hinter das zuvor erreichte Niveau zurückgefallen ist.

Nach über +9% im Jahr 2001 wuchs die Wirtschaft der Ukraine 2002 um nur 4,8%, für 2003 und 2004 ist eine Rate von rund 4% zu erwarten. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen, die Leistungsbilanz stark positiv. Dies ist in einem Wechselkurs begründet, der das Preisniveau auf 20% des EU-Durchschnitts drückt. Das BIP pro Kopf beträgt nur 19% des EU-Durchschnitts. Vor diesem Hintergrund sollte das Land für Auslandsinvestitionen attraktiv sein, vor allem Unternehmen, die internationale Märkte beliefern wollen. Wahrscheinlich wird das Interesse der Investoren aber durch mangelnde Transparenz und unzureichende institutionelle Infrastruktur beeinträchtigt.